Redaktion, Verlag und Druck,
on R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 26. Abendblatt. Donnerstag, den 16. Januar 1868.

Deutschland.

□ **Berlin,** 15. Januar. In mehreren Blättern ist von einem Briefe Sr. Maj. des Königs an den Papst die Rede, zum Theil selbst mit näheren Angaben über den Inhalt desselben. Wie wir von wohlunterrichteter Seite vernehmen, existirt dieser Brief nicht. Damit soll indessen nicht gesagt sein, daß Preußen eine Politik verfolge, welche auf die Aufhebung der weltlichen Macht des Papstes hinzuwirken strebe. Diese weltliche Macht des Papstthums ist für Preußen keine Bedrohung; daß auch Italien seine innere Organisation vollenden, seine finanziellen, wirthschaftlichen und militärischen Zustände ordnen und heben kann auch ohne die Einverleibung des päpstlichen Gebiets, ist selbstverständlich. Es ist demnach auch Aussicht, daß die jetzt versuchte Verständigung in der obwaltenden Differenz zwischen den beiden Meistbetheiligten Italien und dem Papst gelingen werde. Sollte dies nicht der Fall sein, so würde sich Italien allerdings um so mehr zufrieden stellen müssen, als Frankreich erklärt hat, die Einverleibung Roms durch Italien nicht dulden zu wollen. — Mehrere Blätter, unter Anderen auch die „Neue Freie Presse" in Wien, haben gemeldet, daß den Regierungen des norddeutschen Bundes vom Bundes-Oberfeldherrn Ende vorigen Jahres der Befehl zugegangen sei, mit Rücksicht auf eine mögliche anderweitige Vertheilung der Bunkontingente Kasernen, Exercier- und Schießplätze für dieselben herzurichten, und daß der Geldaufwand dafür so enorm sei, daß ein Theil der Bundesregierungen um Nachsicht gebeten, ja daß Coburg-Gotha seine Einverleibung in Preußen beantragt habe. Wenn von einer Verlegung oder anderweitiger Vertheilung der Bundesgarnison die Rede ist, muß von den norddeutschen Bundesstaaten zunächst Sachsen ausgeschlossen werden, da dasselbe eine selbstständige Militärverwaltung behalten hat, deren Tüchtigkeit bei Preußen alle Anerkennung findet. Mit den kleineren Staaten sind aber bekanntlich bestimmte Vereinbarungen getroffen worden, um denselben die Herbeiführung der militärischen Einrichtungen nach preußischem Muster zu erleichtern. Von geschärften oder anderen Befehlen diesen Vereinbarungen gegenüber ist keine Rede. Daß auch der Geldaufwand nicht so groß ist, wie behauptet wird, geht aus den Budgets mehrerer thüringischer Staaten, namentlich Weimar's, hervor, in welchen von einer Erhöhung der Steuern Behufs Tragung der Militärlasten bis 1871 nichts zu finden ist. Der Antrag auf Einverleibung Coburg-Gotha's braucht wohl nicht erst besonders als Fabel bezeichnet zu werden. — Von einigen Seiten ist behauptet worden, das preußische Kabinet habe den süddeutschen Höfen die Mittheilung zugehen lassen, daß es nicht daran denke, das Zollparlament als Werkzeug der Einigung Süddeutschlands mit Norddeutschland zu benutzen. Diese Eröffnung ist nicht gemacht worden, da keine Veranlassung dazu vorhanden ist. Selbstverständlich kann Preußen nicht daran denken, durch das Zollparlament die weitere Einheit Deutschlands herbeizuführen, da die preußische Regierung nach den abgeschlossenen Verträgen nicht einseitig die Kompetenz der Organe des Zollvereins ändern kann. Uebrigens liegt auch in dieser Hinsicht die offizielle Erklärung der preußischen Regierung vor, daß nach ihrer Ansicht die Schutz- und Trutzbündnisse und die Zollvereinsverträge genügen, um die Integrität Deutschlands aufrecht zu erhalten und die wirthschaftliche Einheit desselben zu sichern, Preußen wird und kann hier nichts thun, sollen weitere Schritte im Interesse der Einheit des ganzen großen deutschen Vaterlandes geschehen, so müssen dieselben von den süddeutschen Staaten ausgehen. — Die offiziöse „Patrie" nimmt die friedlichen Versicherungen, die der Ministerpräsident Graf Bismarck bei seiner Anwesenheit in Barby im Kreise seiner Freunde gegeben hat, mit großer Befriedigung auf. Auch eine in der Regel sehr gut unterrichtete Korrespondenz der „Kreuzztg." mag hierbei zugleich erwähnt werden, die ausspricht, daß in der europäischen Situation nichts liege, was zu Besorgnissen wegen Störung des Friedens Veranlassung geben kann. Diesseits wünsche man mit Oesterreich und Frankreich in den freundlichsten Verhältnissen zu bleiben, weil darin die beste Garantie für die Erhaltung des Friedens gefunden werden müsse. — Die Nachricht der Wiener „Presse" von der Ersetzung des Frhrn. v. Werther als Gesandten in Wien (durch den Herrn v. Magnus oder irgend einen andern Diplomaten) ist nicht begründet. — Es finden jetzt hier Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen Postvertrags mit Norwegen statt. Zu diesem Behufs ist als Bevollmächtiger Ryr aus Christiania hier anwesend. — Es ist von hier aus nach München, Stuttgart und Karlsruhe die Aufforderung gerichtet worden, Kommittirte hierher zu senden, um eine vorläufige Besprechung über den Abschluß eines neuen Post-Vertrags mit der Schweiz abzuhalten. — Bei den Verabredungen, welche auf Grund der Post-Verträge vom 23. November vorigen Jahres zwischen den betreffenden Verwaltungen getroffen worden sind, ist in Bezug auf die Verpackung von Postsendungen als maßgebend angenommen worden, daß bei Gegenständen von geringem Werthe, welche nicht Fett oder Feuchtigkeit absetzen, ferner bei Akten und dergl. im Allgemeinen bei einem Gewichte bis zu ungefähr 6 Pfund, wenn die Dauer des Transports keine lange ist, eine Emballage von Packpapier mit Verschnürung genügt. Bei großen Entfernungen müssen die Gegenstände mindestens in mehrfaches Papier verpackt werden. Sendungen von größerem Werthe müssen in Wachsleinwand, Pappe oder Kisten eingelegt werden. In Betreff der Geldsendungen ist festgesetzt, daß dieselben bis zu einem Gewichte von 3 Pfund, sofern der Werth beim Papiergeld nicht über 3000 Thlr. und beim baaren Gelde nicht über 300 Thlr. hinausgeht, in Packeten von starkem, mehrfach umgeschlagenen und gut verschnürten Papier eingeliefert werden kann. Bei schwerem Gewicht und größeren Summen müssen Leinwand, Leder u. s. w., resp. Kisten oder Fässer zur Verpackung genommen werden.

Berlin, 16. Januar. Se. Majestät der König nahm gestern im Beisein des Gouverneurs und stellvertretenden Kommandanten militärische Meldungen und hierauf den Vortrag des Civil-Kabinets entgegen. Um 12 Uhr geruhte Se. Majestät eine Adresse der beiden katholischen Diözesen Kulm und Ermeland aus den Händen der dazu abgeordneten Deputation, bestehend aus dem Dom-Propste Dr. Hasse aus Kulm, dem Dom-Kapitular Steffen aus Frauenburg und dem Pfarrer Dr. Redner aus Danzig, entgegen zu nehmen, in welcher Dank gesagt wird für den Schutz, den Se. Maj. der König in der Thronrede dem Papst zusichert. — Nachmittags machte Se. Maj. eine Ausfahrt und wurde das Diner im Kronprinzlichen Palais eingenommen.

— Für die Nothleidenden in Ostpreußen hat Se. Maj. der König dem (unter Protektion J. M. der Königin stehenden) vaterländischen Frauenverein, als eine (vorbehaltlich) erste Gabe, aus der Königlichen Kronfideikommißkasse die Summe von zehntausend Thalern bewilligt. — Dem (unter Protektion Sr. K. H. des Kronprinzen stehenden) Hülfsverein hat Se. Maj. zu demselben Zweck Seitens eines nicht genannt sein wollenden Gebers die Summe von dreitausend Thalern übermittelt.

— Der „St.-A." schreibt: Die durch einige Zeitungen verbreitete Nachricht, daß den Berathungen der Kommission des Bundesraths zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Civilprozeß-Ordnung die Prozeß-Ordnung für das ehemalige Königreich Hannover zum Grunde gelegt sei, ist irrthümlich. Der unter dem früheren Justiz-Minister veröffentlichte preußische Entwurf ist keineswegs zurückgelegt. — Die Kommission hält wöchentlich drei Sitzungen, in denen regelmäßig der Justiz-Minister den Vorsitz führt. Jedoch ist derselbe bereits einige Male weben amtlicher Behinderung durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Ober-Tribunals-Vicepräsidenten Grimm, in jener Funktion vertreten worden.

Berlin, 15. Januar. (Haus der Abgeordneten.) 29. Sitzung. Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Minuten. — Am Ministertische: Graf zu Eulenburg und mehrere Regierungs-Kommissare. — Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten: Fortsetzung der Berathung des Etats des Ministeriums des Innern. — Zu Titel 1 der Ausgaben (Besoldungen) beantragt Abg. Aßmann, 4000 Thlr. für einen zweiten Ministerial-Direktor nicht zu bewilligen. Er bemerkt dazu, daß er wohl einer Vermehrung der Geschäfte Rechnung tragen wolle, daß er aber in eine neue Organisation, die mit der Creirung einer zweiten Ministerial-Direktorstelle verbunden sei, bei Gelegenheit der Etatsberathung so beiläufig nicht bewilligen könne. — Der Minister des Innern Graf zu Eulenburg giebt eine Uebersicht der Thätigkeit des Ministeriums. Im Jahre 1864 seien 36,000, im Jahre 1865 37,000, im Jahre 1866 42,000 und im Jahre 1867 53,000 Sachen bearbeitet worden. Daraus ergebe sich, wie angespannt die Kräfte des Ministeriums gegenwärtig seien. Es sei deshalb nothwendig gewesen, das Ministerium in zwei Abtheilungen zu theilen. Es handele sich nicht um eine neue Organisation, sondern darum, Dasjenige, was seit längerer Zeit bestehe, zu einem Definitivum zu machen. Sollte die Stelle nicht bewilligt werden, so würde er sich doch niemals bewegen lassen, die getroffene Einrichtung aufzugeben, zumal die Arbeitslast des Ministeriums sich durch die Einverleibung der neuen Provinzen erheblich vermehre. — Abg. v. Wedell: Es müsse dem Herrn Minister Zeit und Gelegenheit gegeben werden, die Wünsche und Hoffnungen zu realisiren, welche vom Hause ausgesprochen würden. Dazu gehöre die Bewilligung der geforderten Direktorstelle. Nehme das Haus den Antrag Aßmann an, so bringe es den Minister in die Lage, neue Hülfsarbeiter anzunehmen. Das Haus habe sich kürzlich gegen dieselben erklärt, und die Grundsätze, die bei der Justiz maßgebend seien, müßten auch auf die Verwaltung angewendet werden. — Abg. Aßmann stellt jetzt den ferneren Antrag, für den Fall der Annahme seines obigen Antrages 2000 Rt. für eine neue Rathsstelle zu bewilligen. Hierauf wird über den ersten Antrag des Abg. Aßmann namentlich abgestimmt und derselbe mit 170 gegen 169 Stimmen angenommen. (Die 4000 Rt. somit gestrichen.) Der zweite Antrag des Abg. Aßmann wird dann gleichfalls angenommen.

Zu Tit. 5 (Statistisches Bureau) liegen zwei Anträge vor: 1) vom Abg. Dr. Glaser: „die Staatsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Ergebnisse der statistischen Aufnahmen möglichst schnell und in übereinstimmender Form veröffentlicht werden; 2) vom Abg. Schmidt: die Königliche Regierung aufzufordern: 1) In Zukunft und wo möglich schon vom Jahre 1868 ab sämmtliche von dem Königlichen statistischen Bureau ausgehende Publikationen den beiden Häusern des Landtages in so viel Exemplaren zugehen zu lassen, als diese Häuser Mitglieder zählen; 2) der amtlichen Statistik durch Reorganisation der statistischen Central-Kommission im Sinn der Beschlüsse des internationalen statistischen Kongresses zu Berlin vom Jahre 1863 diejenige Einheit zu geben, welche eben sowohl im eigenen Interesse der Statistik liegt, als ganz besonders auch im Interesse der Behörden, welche mit den statistischen Aufnahmen beauftragt sind; 3) der Bildung eines Netzes statistischer Vereine im Sinne der Beschlüsse des Königlichen Landes-Oekonomie-Kollegiums vom Februar 1867 den möglichsten Vorschub zu leisten; 4) die in der Session vom 12. Dezember 1866 vom Hause beantragte und von der Staatsregierung zugesicherte Denkschrift über die Leistungen der amtlichen Statistik in Preußen noch in gegenwärtiger Sitzungsperiode dem Hause wo möglich vorzulegen; 5) in diese Denkschrift auch die Darstellung der Organisation der amtlichen Statistik in den neu erworbenen Landestheilen mit aufzunehmen. — Abg. Dr. Glaser: Aus dem Etat ist nicht ersichtlich, wie die zu Publikationen ausgesetzten Mittel verwandt, namentlich nicht, ob davon auch Honorare für die Verfasser dieser Publikationen gezahlt werden. Die Verwaltung der Statistik muß insofern eine Umwandlung erleiden, als der norddeutsche Bund in bestimmte Bezirke zum Zwecke derselben getheilt werden muß. Ein Netz von statischen Vereinen muß sich über das ganze Land verbreiten, vielleicht mit einem Centralvereine in Berlin. Die bisherigen Veröffentlichungen erfolgen jetzt zu spät und zu langsam. Wenn ich nun auch die Schwierigkeiten, die zwischen der Aufnahme und Veröffentlichung liegen, nicht verkenne, so wäre eine schnellere Veröffentlichung doch wohl nöthig; sonst geht ihr praktischer Werth großentheils verloren. Außerdem erfolgt sie nicht in übereinstimmender Form: die letzte hat eine andere Rubrikation für die Provinzen und Regierungsbezirke, eine andere für die Kreise. Beiden Uebelständen soll mein Antrag abhelfen. — Regierungs-Kommissar Wulfshein: Den Mitgliedern des Landtages die Publikationen des Büreaus zugehen zu lassen, würde mit erheblichen Kosten verknüpft sein, und der dazu bestimmte Fonds bedeutend erhöht werden müssen. Der auf die Reorganisation der Central-Kommission bezügliche Antrag des Abg. Schmidt beruht auf einer falschen Voraussetzung. Unsere Central-Kommission hat eine andere Bestimmung und andere Einrichtungen, als die gleichen Kommissionen anderer Länder. Sie steht nur berathend und begutachtend den anderen statistischen Behörden zur Seite. Die Anlage eines Netzes statistischer Vereine wird noch berathen, zumal die amtliche Statistik einer Reorganisation bedarf. Die Regierung hat ihre Zusage vom vorigen Jahre, eine hierauf bezügliche Denkschrift vorzulegen, nicht einhalten können; es hängt das mit der großen, durch die Bildung des norddeutschen Bundes veranlaßten Umwälzung der einschlägigen Ressortverhältnisse zusammen. Doch wird sie Denkschrift und Plan der Reorganisation in der nächsten Session unzweifelhaft vorlegen können. Die statistischen Behörden der neu erworbenen Landestheile sind natürlich aufgehoben worden, da gerade diese Geschäfte gedeihlich nur von einer Central-Behörde verwaltet werden können. Was den Antrag des Abg. Glaser betrifft, so sind die Uebelstände, die derselbe im Auge hat, zwar da, indessen schwer zu vermeiden. Die Resultate einer Volkszählung lassen sich genau kaum vor 2 bis 3 Jahren nach der Aufnahme veröffentlichen, und auch die einheitliche Form ist nie ganz einzuhalten, doch wird man bei der Reorganisation jedenfalls bestrebt sein, auch diese Verhältnisse so viel als möglich einer Besserung entgegenzuführen.

Abg. Schmidt (Stettin): Meine Anträge sind nicht aus einem statistischen Enthusiasmus hervorgegangen, sondern aus der nüchternen Erwägung von der Wichtigkeit der Statistik im Dienste der Verwaltung und Wissenschaft. In England erhält jedes Mitglied des Parlaments von sämmtlichen Publikationen der Regierung ein Exemplar. Ein dasselbe bezweckender Antrag wurde einmal in der Budgetkommission gestellt. Ich gehe nun gar nicht einmal so weit, mein Antrag bezieht sich nur auf das statistische Bureau. Die „erheblichen" Mehrkosten, die dadurch entstehen würden, würden eine Summe von 800 bis 1000 Thlr. betragen, deren Aufnahme in den Etat nicht schwierig sein würde. Die Bildung einer Centralkommission für den Norddeutschen Bund ist gewiß wünschenswerth, aber hier handelt es sich um eine preußische Centralkommission. Wenn auch eine starke Centralisirung für die Statistik nöthiger ist, als irgendwo sonst, so bitte ich doch auch die Vortheile der Decentralisirung nicht außer Augen zu lassen, d. h. diejenigen Vortheile, die man durch Unterstützung der Privatstatistik in Vereinen u. s. w. erlangen würde. Namentlich bei der landwirthschaftlichen Statistik, welche gerage bei uns noch sehr im Argen liegt, müßte man dieselbe mehr in Anspruch nehmen; so war z. B. bei den Ernteberichten des vorigen Jahres nach der Veröffentlichung im „Staats-Anzeiger" die Roggenernte in Ostpreußen eine bessere als in Pommern, wogegen von Seiten der landwirthschaftlichen Vereine in Pommern sogleich Zweifel erhoben wurden. Was die zugesagte Denkschrift betrifft, so glaube ich, verlangte das Haus mehr eine Denkschrift propter acta, als propter agenda. Wenn der Direktor des statistischen Bureau's mit der Abfassung einer solchen Denkschrift beauftragt wäre, so hätte er dieselbe vielleicht in einem Zeitraume von 14 Tagen anfertigen können. — Reg.-Kommissar Wulffshein: Ich habe nicht von einem mit dem Bundeskanzleramt in Verbindung stehenden, den gesammten Nordbund umfassenden statistischen Bureau gesprochen, sondern nur behauptet, daß durch die Begründung des Nordbundes eine Aenderung der bestehenden Institute nothwendig geworden sei. — Abg. Dr. Engel (fast ganz unverständlich): Es ist unmöglich, die Ergebnisse der statistischen Ermittelungen schneller als bisher im Ganzen zusammenzustellen. Um das Publikum jedoch nicht so lange warten zu lassen, werden Einzelnheiten, sobald sie festgestellt sind, bekannt gemacht, und außerdem kann Jeder, der an den Ermittelungen Intesse hat, von den Arbeiten im statistischen Bureau Einsicht nehmen. — Abgeordneter Schmidt (Stettin) zieht hierauf den 4. und 5. Theil seines Antrages zurück. — Nach eintr persönlichen Bemerkung des Abg. Dr Glaser wird zur Abstimmung geschritten und die Anträge der Abgg. Dr. Glaser und Schmidt (letzterer nach vorgenommener Zählnng mit 171 gegen 153 Stimmen) angenommen. — Zu demselben Titel ist eine Erhöhung des Gehalts des Direktors des statistischen Bureaus um 300 Thlr. beantragt. — Abg. von Seydewitz beantragt die Absetzung dieser 300 Thlr. Er führt aus, daß ihn zu diesem Antrage durchaus keine persönlichen Motive leiteten. Er wolle die Absetzung, weil möglicherweise das statistische Bureau durch die Einrichtungen des Norddeutschen Bundes verändeet werden können. Die Abgg. Twesten, Parrisius nnd der Regierungs-Kommissar Wulffshein empfehlen die Genehmigung der Erhöhung des Gehalts von 2500 auf 2800 Thlr. worauf Abg. v. Seydewitz seinen Antrag zurückzieht.

Es folgen nun die Tit. 10—12 (Landdrosteien, Landräthe), über welche eine Generaldiskussion eröffnet wird und an die sich sehr zahlreiche Anträge knüpfen. Es melden sich 19 Redner zum Wort. Die Titel selbst lauten: Tit. 10. Besoldungen für die Landdrosteien und die landräthlichen Behörden und Aemter: 75,200, resp. 1,171,778 Rt. — Tit. 11. Dienstaufwands-Entschädigungen 30,600, resp. 546,569 Rt. — Tit. 12. Außerordentliche Remunerationen, Unterstützungen 12,950. resp. 18,500 Rt. — Es sind eine ganze Reihe Anträge zu diesen 3 Titeln gestellt. — Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) (der für den Regierungsbezirk Wiesbaden ein Pauschquantum beantrngt): Bei der neuen Organisation sind in Nassau große Mißgriffe gemacht, die ihren Grund weniger in Berlin als in Wiesbaden haben mögen. Aber bedenklich wäre es, wenn man mit einem so kostbaren Verwaltungs-Organismus zu regieren fortführe. Für den Regierungsbezirk Wiesbaden finden wir in dem Etat außer 2 städtischen Landräthen 10 Landräthe der ländlichen Kreise, 10 Kreissekretäre, 10 Kreisboten, 27 Amtmänner, 27 Amtsboten und die dadurch verursachten Ausgaben geben gegen die früheren auch schon sehr kostbaren nassauischen Einrichtungen ein Plus von 23,000 Rt. Wenn man so fortfährt, dann wäre allerdings die Acquisition dieses Territoriums für Preußen das schlechteste finanzielle Geschäft, das es jemals gemacht. Die Neugründung der Verwaltung geschah in der verkehrtesten Weise. Man hat nämlich außer dem Amtmann, an dem Sitz, wo er residirt noch einen Landrath hingesetzt, so daß also jetzt 2 Beamte da sind, die beide auf dieselben Geschäfte ohne Begrenzung der Kompetenz angewiesen sind. Das ist eine organisirte Desorganisation. Es ist das ein ganz unerträglicher Zustand, der zu Konflikten führen muß, wenn beide von gleichem Arbeitstrieb beseelt sind. Wenn aber nur der eine Drang zu Arbeit hat und der andere nicht, ja dann wird dieser andere sich auf Allotria werfen, ut aliquid fecisse videatur; dann fängt er an zu bevormunden, Eingriffe zu machen in den Geschäftskreis der Gemeinden, sich in Sachen zu mischen, die ihn nichts angehen, dann haben wir mit einem Worte die verderblichste Vielregiererei. Nichts aber in der Welt lähmt die eigene Willenskraft so, als die so weit ausgedehnte Bureaukratie, und wenn die Masse mit Anforderungen an den Staat kommt, die Sie als nicht berechtigt anerkennen, so sind sie selber und die Bureaukratie Schuld. (Beifall.) — Abg. Aegidi entwickelt als Theoretiker die Ideen, ohne deren Verwirklichung unser Civiletat bald martialischer aussehen müßte, als der Militäretat, die Idee der Selbstständigkeit der Kreise, Gemeinden und Provinzen, so daß der Staat nur die Oberaufsicht behielte. Die Klagen über die Bureaukratie werden durch die Subalternen hervorgerufen, welche sogar Verhandlungen dieses Hauses verbittern. In Bezug auf die Stellung Hannovers bemerkte der Redner: ein hannoverscher Abgeordneter, der im Reichstag auf dem Kothurn, im Landtage gern auf dem Sokkus gewandelt, habe von Liebesanträgen gesprochen und vor allem den Provinzialfonds als Liebeszeichen verlangt. Daß heißt doch in der Ehe zu nachdrücklich von der Mitgift sprechen und erinnert an Karl Buttervogel im Münchhausen, der gegen gute Beköstigung Liebe und Treue verspricht.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Wir würden uns selbst ein testimonium paupertatis ausstellen, wenn wir die Verschiedenheit der Provinzen als so bedeutend anerkennen, daß sie Gleichheit und Gerechtigkeit ausschlössen. Mit dem Worte Selfgovernment ist bereits viel Humbug getrieben; jede Partei betrachtete es als Schiboleth und eine Art von Assekuranz-Prämie. Ich erkenne darin nicht blos die Mitwirkung einer Volksvertretung, sondern die Verrichtung gewisser, spezifisch staatlicher Arbeiten unter bestimmter staatlicher Kontrole. Die Landraths-Aemter wieder zu unbesoldeten Ehrenämtern zu machen, wird seine Schwierigkeiten haben, da sich schwerlich genug geeignete Persönlichkeiten finden werden. Man kann dazu nur gelangen durch Erweckung des Bewußtseins, daß die Arbeit für das Allgemeine eine ehrenvolle Pflicht ist, und dieses Bewußtsein muß pädagogisch anerzogen werden. Deshalb wird man die Annahme solcher Ehrenämter obligatorisch machen müssen, ohne jedoch die Kontrole des Staats auszuschließen, und sollte dies Mittel nicht genügen, so lege man eine

Luxussteuer auf Dummheit, Feigheit und Faulheit. (Heiterkeit.) Was die eigentliche Organisation betrifft, so will ich Ihnen in wenigen Zügen meine Ansicht darlegen. Zunächst wird eine neue Gemeinde- und Kreisordnung, deren Besserung schon oft betont worden, geschaffen werden müssen. Die Trennung der politischen von den kommunalen Aemtern, eine geeignete Kreisvertretung ist nothwendig; hinsichtlich der Organisation der Regierung wird es genügen, wenn in jeder Provinz ein Regierungskollegium eingesetzt wird; unser altes preußisches System muß seinem Ende entgegengehen, denn durch dieses nähern wir uns der französischen Präfektenwirthschaft. Diesem Provinzialkollegium möchte ich eine Provinzialvertretung mit erweiterten Kompetenzen zur Seite stellen, wobei mir der Gedanke an unsere jetzigen Provinziallandtage allerdings fern liegt. Es ist schon oft darauf hingewiesen, daß der preußische Landtag dem Reichtage gegenüber immer mehr überflüssig wird. Ein Theil seiner Kompetenz wird an den Reichstag fallen, ein anderer aber muß auf die Provinziallandtage übergehen und deshalb sorgen Sie, daß geeignete Organe dafür geschaffen werden. — Der Minister des Innern will bei diesen Debatten mehr hören als sprechen und gern empfangen, was ihm geboten wird. Nur erklärt er sich schon jetzt gegen den Antrag Braun. — Abg. Twesten: Der Streit über den Begriff Selbstverwaltung ist weder interessant noch fruchtbar; warten wir damit, bis uns bestimmte Vorlagen gemacht sind. Als die Organisation der Behörden zunächst beim Finanzministerium zu Sprache kam, schien eine sehr sanguinische Stimmung zu herrschen, die sich auch jetzt wieder geltend macht. Bis wir zur neuen einheitlichen Organisation gelangen, wird es noch lange dauern und ich halte deshalb ein Provisorium nicht für geeignet. Der Redner spricht dann für seinen Antrag, ein Pauschquantum für die Verwaltung Hannovers zu bewilligen und die Regierung aufzufordern, keine Stelle bis zur endgültigen Regelung definitiv zu besetzen. Bis zum nächsten Jahre wird sich die Verwaltung so fortführen lassen, und wir haben durch Annahme meines Antrages den Vortheil, nicht wieder zu einer Erweiterung der Büreaukratie die Hand geboten zu haben. — Der Minister des Innern: Alles was für Landdrosteien bewilligt wird, muß definitiv bewilligt werden. Im Interesse der Regierung muß ich mich gegen jede Bewilligung von Pauschquantum verwahren, da wir hierdurch in ein für die neuen Provinzen selbst nachtheiliges Schwanken gerathen würden. Die Einrichtungen in den neuen Provinzen sind und bleiben so lange legal, bis sie durch neue verdrängt werden. — Abgeordn. Goßler: Preußen scheint mehr in Gefahr, von Hannover durch seine Institutionen annektirt zu werden, als umgekehrt. (Während dieser Rede wächst die Unruhe im Hause. — Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt, dagegen um 4 Uhr die Vertagung beschlossen. — Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Tages-Ordnung: die 40 Millionen-Anleihe für Eisenbahnen ohne die Petitionen und Fortsetzung der heutigen Diskussion.

Friedrichshafen, 15. Januar. Bei Spitring ist heute das Danziger Schiff „G. F. B. Hayn", Kapt. Brookisch, mit Holz beladen, gescheitert. Es sind nach dem Schiffe Rettungsmannschaften abgegangen.

Elberfeld, 15. Januar. Die „Elberfelder Zeitung" meldet von einem Unglück, das in der Kohlengrube Neu-Iserlohn bei dem Dorfe Langendreer in Folge einer Explosion durch schlagende Wetter stattgefunden hat. Es sind bis jetzt 76 Todesfälle konstatirt, man fürchtet jedoch, daß dieselben die Zahl 100 noch übersteigen werden.

Koln, 15. Januar. In der heute begonnenen Ziehung der Dombau-Lotterie sind folgende größere Gewinne gezogen worden: 1000 Thlr. auf Nr. 179,031, 249,668; 200 Thlr. auf Nr. 93,028, 327,460; 100 Thlr. auf Nr. 44,964, 146,478, 79,372, 66,606, 256,919, 146,673, 73,941. Oelgemälde fielen auf Nr. 268,125, 16,043, 182,057, 309,818.

Darmstadt, 15. Januar. Der zwischen Hessen-Darmstadt und Preußen abgeschlossene Telegraphenvertrag überläßt Letzterem die Gesammtleitung des Telegraphenwesens im Großherzogthume und zwar ohne Abgabenverpflichtung. Auf den Telegraphenstationen der Eisenbahn-Gesellschaften, mit einziger Ausnahme der in der Festung Mainz gelegenen, dürfen Privat-Depeschen zur Beförderung angenommen werden.

Stuttgart, 14. Januar. Der „Staatsanzeiger" setzt die Polemik gegen die „Karlsruher Zeitung" in der Zollparlamentsfrage nicht fort, dagegen soll Minister v. Varnbüler auf diplomatischem Wege in Karlsruhe reklamirt und Genugthuung wegen der Ausfälle der „Karlsruher Zeitung" verlangt haben.

Augsburg, 15. Januar. In einer anscheinend offiziösen Korrespondenz der Augsburger Allgemeinen Zeitung aus Wien wird bestätigt, daß Frankreich namentlich in Folge der Vermittelung Oesterreichs sich veranlaßt gesehen habe, Mecklenburg aus dem Handelsvertrage zu entlassen. Es wird außerdem hervorgehoben, daß es Oesterreich gelungen sei, Frankreich zu einer freundschaftlichen Haltung gegenüber der deutschen Zolleinheit nnd dem Norddeutschen Bunde zu bestimmen. Dieselbe Korrespondez betont ferner, daß es die Aufgabe des föderativ-konstitutionellen Oesterreichs sei, den Frieden zwischen den europäischen Staaten zu erhalten.

München, 15. Januar. Das Zustandekommen des Wehrgesetzes erscheint noch sehr in Frage gestellt, namentlich weil die Reichsrathskammer entschlossen ist, in den einschlagenden Fragen nicht nachzugeben, während der Ausschuß der Abgeordnetenkammer seinerseits an den Gesetzen über Kontingentsgestellung und Beförderungsmodus festhält. Der Konflikt der Meinungen in beiden Häusern hat sich auch bereits auf das Publikum übertragen. Gerüchte über eine bevorstehende Kammerauflösung sind im Umlauf.

Ausland.

Paris, 14. Januar. „Patrie" meldet: Die Zusammenstellung des Budgets für 1869 und des Finanzexposés ist durch Unwohlsein des Finanzministers Magne verzögert worden; beide Dokumente werden erst in einigen Tagen der Kammer vorgelegt werden. Dasselbe Blatt bespricht die neuerdings in der orientalischen Politik überhand nehmenden politischen Tendenzen, welche sich in Montenegro, Serbien und Bulgarien kundgeben und meint, derartige Tendenzen seien nicht zu fürchten, sobald die Mächte des Westens, in richtiger Würdigung ihres Interesses, jenen falschen Berechnungen eine wechselseitige Uebereinstimmung gegenüberstellen. Sowohl der langwierigen, seit einem Jahre dauernden Krisis in Serbien, als auch der griechisch-russischen Propaganda müßten die übrigen Großmächte entgegentreten, und würden alsdann sowohl die Krisis in Serbien beseitigt, als auch die Versuche zur Propaganda vereitelt werden.

— Graf Goltz befindet sich in fortschreitender Besserung. Die Heilung nimmt ihren regelmäßigen Verlauf.

Florenz, 15. Januar. Der König wird, wie man versichert, in nächster Zeit nach Neapel reisen. — „Corriere Italiano" meldet, die Generalbudget-Kommission der Deputirtenkammer habe die Etats der Ministerien des Auswärtigen, des Innern und des Handels genehmigt. Die Budgetberathung im Plenum wird in der nächsten Woche beginnen. Der Verkauf der geistlichen Güter giebt andauernd befriedigende Resultate. Die bis zum 31. Dezember v. J. realisirten Verkäufe ergeben ein durchschnittliches Mehr von 43 pCt. über den Taxwerth.

Cormons, 15. Januar. Der italienische General Mezzacapo, ein Oberst und zwei Offiziere haben sich nach Triest begeben, um den Beisetzungsfeierlichkeiten der Leiche des Kaisers Maximilian beizuwohnen.

Lissabon, 14. Januar. Es wird berichtet, daß die Deputirtenkammer der Cortes bald aufgelöst werden solle und alsdann das Ministerium zu bedeutenden radikalen Maßregeln der Sparsamkeit in der Zivil- und Militär-Verwaltung schreiten werde. Bei den gegenwärtigen Cortes hat das Ministerium nicht die Majorität.

Lissabon, 15. Januar. Es gilt als zuverlässig, daß die Regierung Portugals gegen das spanische Kabinet die Anschuldigung erhoben, die letzten Ruhestörungen in Lissabon und Oporto angeregt zu haben.

London, 15. Januar. „Standard" zufolge hat unweit Leon in Nicaragua am 14. Oktober v. J. eine neue vulkanische Eruption stattgefunden. — Das Repräsentantenhaus des Kongresses hat eine Bill angenommen, nach welcher der höchste Gerichtshof mit einer Zweidrittel-Majorität darüber entscheiden kann, ob irgend ein Akt des Kongresses als verfassungsmäßig oder nicht anzusehen ist.

Bukarest, 15. Januar. Der Fürst eröffnete heute die ordentliche Session des Senats und der Deputirtenkammer mit einer in rumänischer Sprache gehaltenen Thronrede. Dieselbe hebt hervor, daß die zwischen der früheren Kammer und der Regierung bestandene Uneinigkeit den Fürsten genöthigt hätte, an das Land zu appelliren. Sie stellt Konventionen mit den europäischen Mächten hinsichtlich der Konsular-Jurisdiktion, des Postwesens und der Patentsteuer in Aussicht, verspricht die Aufrechterhaltung der Prinzipien der Humanität und der Toleranz gegen die israelitische Bevölkerung und konstatirt die Verbesserung der Verwaltung, der Finanzen, der Justiz und der Bodenproduktion. Die Thronrede verheißt endlich Gesetzvorlagen über Ruralpolizei, administrative Decentralisation, Eisenbahn- und Straßenbauten und Armee-Neorganisirung.

Konstantinopel, 14. Januar. Der „Levant-Herald" widerspricht den Korrespondenzen amerikanischer Zeitungen, welche den Einfluß der nordamerikanischen Union bei dem türkischen Kabinet in Folge ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland und ihrer Sympathien für die kretensischen Insurgenten als vermindert darstellen. Das Blatt behauptet als zuverlässig, daß der Einfluß Amerika's bei der Pforte niemals größer gewesen, als seit der Zeit, daß Mr. Morris als Ministerresident der Union in Konstantinopel fungirt habe.

— In der vorigen Woche ist hier eine Ministerkrisis vorübergegangen. Aali Pascha und Fuad Pascha standen im Begriff, aus dem Ministerium auszuscheiden, Kiamil Pascha und Mustapha Fazyl Pascha in dasselbe einzutreten. — Der Großvezier wird wahrscheinlich noch einige Zeit in Kreta bleiben.

Aden, 4. Januar. (Nachrichten aus Reuter's Office per Malta-Alexandria-Telegraph.) Die Brigade Bengalen ist hier vorüberpassirt. Nach erfolgter Ausschiffung bei Massoah wird der Dampfer sich schleunigst nach Bombay zurückbegeben, um die übrigen Truppenabtheilungen an Bord zu nehmen. Es wird mehr und mehr allgemeine Ueberzeugung, daß nur durch Gewalt die Befreiung der abyssinischen Gefangenen bewerkstelligt werden könne.

Newyork, 14. Januar. Der Senat hat eine Resolution angenommen, welche Stanton in sein früheres Amt als Kriegsminister wieder einsetzt. Es geht das Gerücht, daß er heute dem General Grant das Amt abfordern wird. — Das Repräsentantenhaus hat heute einen Gesetzentwurf angenommen, dem zufolge zwei Drittel aller Stimmen des Plenums des Obergerichts erforderlich sein sollen, um irgend einen Akt des Kongresses für verfassungswidrig zu erklären.

Pommern.

Stettin, 16. Januar. In dem zweiten der Vorträge über „Die deutsche Nationalliteratur der letzten 30 Jahre" wies Herr Professor Prutz zunächst darauf hin, daß auch in den fremden Literaturen um das Jahr 1830 ein Umschwung sich bemerkbar mache, ein Uebergang von Althergebrachtem zu einem Lebendigwerden im Volke. So in der französischen Literatur, deren Hauptvertreter im 18. Jahrhundert Rousseau und sein Gegner Voltaire, jener gegenüber französischer Leichtigkeit den Grundzug deutscher Nation, das Gemüth, erfolgreich zur Geltung bringend, dieser der ebenso elegante, als schlagfertige, aber auch frivole Repräsentant französischer Hof- und Staatsliteratur, — endlich der durch seine Reisen bekannte Verfasser des epochemachenden Romans „Paul und Virginie", Bernardin der Saint Pierre, der in einer andern Hemisphäre die Menschen in seiner Kindheit und Natürlichkeit suchte und fand, eine eingehende und überzeugende Beurtheilung erfuhren. Die Revolution führt uns den unglücklichen Dichter, den begeisterten Sänger der Freiheit, der aber seine Stimme erhob gegen die Verunstaltungen, welche man mit jenem Begriff sich erlaubte, Andree Chenier vor; auf ihren Trümmern erhebt sich die Gewaltherrschaft des ersten Kaiserreiches; in der Literatur ist Alles in Todesschlaf versunken. „Die Gewaltherrschaft kann keinen Dichter schaffen. Das ist der Fluch des Sängers, daß die Tyrannen klanglos durch das Leben gehen müssen". Lorbeeren zwar, doch blutgetränkte wand er sich und seinem Volke um das Haupt: eines Dichters Stirne zu zieren wuchs und wächst auch jetzt keiner. — Die wenigen bedeutenderen Namen Chateaubriand, Verfasser des Geist des Christenthums, und Frau von Stael, die in Deutschland Zuflucht vor Gewaltakten gegen literarische Produkte suchte, stehen auf Seiten der Opposition. Ihr erst nach dem Sturz des Kaiserthums 1815 erschienenes oder vielmehr dem Publikum zugänglich gemachtes Werk „Ueber Deutschland" führte die Franzosen auf den Werth der deutschen Bildung, deren eigentlichen Kern sie nicht zu würdigen wußten, sondern nach sekundären Erscheinungen sich bildeten. Die französischen Romantiker, der Legitimist Lamartine in seinen Hymnen, Casimir Delavigne, Alfred der Vigny stehen unter dem Einflusse deutscher Bildung; als erster aus der Schule Hoffmanns ist unstreitig Victor Hugo zu nennen, der auch zuerst unter seinen Landsleuten aus dem Mittelalter ergiebig geschöpft hat. — Hat so erst deutsches Wesen und deutsche Bildung französische Romantik recht eigentlich belebt, so äußert sich die Macht jener fast noch stärker in der englischen Literatur, auf welche Redner demnächst überging. Hier beginnt eine neue Epoche seit der Bekanntschaft mit der deutschen. Walter Scott's erste Versuche gelten Uebersetzungen deutscher Werke; in seinem Ruhme, Schöpfer des historischen Romans zu sein, basirt er auf deutschen Studien und wirkt zugleich in seinem Einfluß auf andere Literaturen zu einem mittelbaren Einwirken unserer Bildung auf eben dieselben. Lord Byrons gleichzeitige, entgegengesetzte Bestrebungen auf dem literarischen Gebiete sind ein Ausfluß eines krankhaften, durch äußere Verhältnisse schwer afficirten Gemüthes. Aber seine Krankheit ist die der Zeit; in seiner Seele wie in der ganz Europas wühlt ein unbefriedigtes Etwas, hervorgegangen aus dem Resultatlosen der geschichtlichen Bewegnng, eine Zerrissenheit des modernen Bewußtseins. — Unter den Schriftstellern Italiens, wo ähnlich wie in Deutschland das nationale Bewußtsein früher auf dem Boden der Literatur als in der Praxis erwuchs, widmete der Redner dem aus dem verachteten Sardinien stammenden Alfieri einige vielleicht zu schmeichelhafte Lobeserhebungen über seine literarische Thätigkeit, Foscolo, der zuerst wenig geachtet, dann in napoleonischer Zeit durch seinen glühenden Patriotismus getrieben auf Restauration der nationalen Bildung bedacht war; Manzoni, der Scott Italiens, der Dramatiker Pellico und der Lyriker Leopardi fanden eine ihrer Thätigkeit entsprechende Beachtung und Würdigung. — So ist um jene Zeit überall ein Drängen und Treiben in der Literatur. Selbst Spanien sieht in Dr. Rivas einen Dichter erstehen; Holland kann einen Conscience aufweisen, und Oehlerschläger wirkt in seinem Vaterlande Dänemark mit frischer Kraft. Auch Rußland hat einen Dichter des Volkes, der zwar oft im Häßlichen sich gefällt und das ganze Elend seines Volkes darzustellen liebt, aber doch eben als Dichter des Volkes nicht ohne Bedeutung ist. Und endlich das unterdrückte Polen läßt seine Klagen erklingen in den Liedern des Miskewicz, der in meisterhafter Allegorie unter der Trauer um ein ihm entrissenes irdisches Weib seinem geliebten Vaterlande, dem Weib Polonia, manche Thräne widmet. — Dies in kurzen Zügen die Hauptpunkte der Rundschau, welche uns der Redner über die fremde Literatur bis zu den dreißiger Jahren gewährte. Das Anziehende des Vortrages, die Sorgfalt in der Auswahl der zu besprechenden Erscheinungen jener Literaturen und die Korrektheit der Urtheile fesselte unsere Aufmerksamkeit vollständig und lassen uns die Besprechung des Hauptthemas dieser Vorträge, deren nächster ausnahmsweise am künftigen Montag stattfindet, mit Spannung erwarten.

— Heute früh wurde dem Bauerhofsbesitzer Rossow aus Scheune von seinem vor einem Hause in der gr. Wollweberstraße haltenden Fuhrwerk eine Pferdedecke im Werthe von 5 Thlr. gestohlen. Der Dieb ist in der Person des hiesigen Arbeiters Aug. Berkenhagen ermittelt.

— In den Tagen vom 11. bis inkl. 15. d. M. wurden hier an Getreide eingeführt: 868 Wspl. 4 Schffl. Weizen, 207 Wspl. 14 Schffl. Roggen, 131 Wspl. 2 Schffl. Gerste, 45 Wspl. 22 Schffl. Hafer, 18 Wspl. 18 Schffl. Erbsen, 27 Wspl. 18 Schffl. Kartoffeln.

Börsen-Berichte.

Stettin, 16. Januar. Witterung: trübe. Temperatur + 3 ° R. Barometer 28" 2"'. Wind: W.

An der Börse.

Weizen fester, etwas höher, loco per 2125 Pfd. gelber inländ. 98 bis 103 Rt., weißer poln. 103–106 Rt., bunter do. 98–100 Rt., ungarischer 92–96 Rt., 83 bis 85pfd. gelber Januar 98 Rt. Br., Frühjahr 98, 99, 98½ Rt. bez. u. Gd., 99 Br.

Roggen etwas höher, loco pr. 2000 Pfd. 73–75 Rt., feiner 75½ bis 76¼ Rt., Januar 75½ Rt. bez., Frühjahr 75¼, ½ Rt. bez., Mai-Juni 76 Rt. Br., Juni-Juli 75¾ Rt. bez.

Gerste still, loco per 1750 Pfd. und feine mähr. rc. 53–54¼ Rt., ungar. 51–52½ Rt., märk. 52–53 Rt., 69–70pfd. Frühjahr schlesische 53¾ Rt. Br.

Hafer fester, loco per 1300 Pfd. 35½–36¼ Rt., 47–50pfd. Frühjahr 37 Rt. Gd. u. Br.

Erbsen unverändert loco 66½–69 Rt., Frühjahr Futter- 69½ Rt. Br., 69 Gd.

Wicken loco 54–57 Rt.

Lupinen gelbe loco 38–40 Rt., Frühjahr 41½ Rt. Br.

Rappkuchen hiesige 2 1/6 Rt. bez.

Rüböl fest und etwas höher, loco 10 Rt. Br., Januar-Februar 9 5/6 Rt. Gd., April-Mai 10¼ Rt. Br., 1/6 Rt. Gd.

Spiritus etwas höher, loco ohne Faß 19 5/6 Rt. bez., Januar-Februar 19⅔ Rt. bez., Februar-März 19¾ Rt. bez., Frühjahr 20¼ Rt. bez. und Br.

Regulirungs-Preise: Weizen 98, Roggen 75½, Rüböl 9 5/6, Spiritus 19⅔.

Breslau, 15. Januar. Spiritus per 8000 Tralles 18¾. Weizen pr. Januar 94½ Br. Roggen pr. Jaunar 70¾, pr. Frühjahr 71¾. Rüböl pr. Januar 9 7/12, pr. Frühjahr 9⅔. Raps pr. Januar 89 Br. Zink fest.

Hamburg, 15. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco stille, aber behauptet, auf Termine eher fester. Weizen pr. Januar 5400 Pfd. netto 175½ Bankothaler Br., 174½ Gd., Januar-Februar 174½ Br., 173½ Gd., pr. Frühjahr 173½ Br., 172½ Gd. Roggen pr. Januar 5000 Pfd. Brutto 137 Br., 136 Gd., Januar-Februar 136 Br., 135 Gd., pr. Frühjahr 133 Br. u. Gd. Hafer ruhig. Rüböl fester, loco 22⅛, per Mai 22¾. Spiritus ruhig, zu 28½ angeboten. Kaffee ruhiger. Zink fest. — Thauwetter.

Amsterdam, 15. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreide stille. Roggen loco unverändert, pr. März 303½, pr. Mai 305½. Raps pr. April 65½. Rüböl per Mai 34¾, pr. November-Dezember 36.

London, 15. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Marktbesuch sehr beschränkt. Weizenumsatz sehr gering, Frühjahrsgetreide unverändert. Zuckermarkt sehr matt. Kaffee fest. — Schönes Wetter.